Das KNU ist ein gemeinsames Projekt der Umweltverbände BUND, DNR und BBU. Es wird finanziell vom BMU und dem UBA gefördert.

# Stellungnahme der Umweltverbände BUND, BBU und DNR zur Novellierung des Europäischen Normungssystems im Rahmen einer öffentlichen Umfrage der Europäischen Kommission

#### Vorbemerkung

Die an der Normungsarbeit beteiligten deutschen Umweltverbände halten eine fortgesetzte Dynamisierung der Normung und eine ständige Anpassung an sich verändernde ökonomische, ökologische und soziale Rahmenbedingungen für notwendig. Dazu reichen aber strukturelle Reformen nicht aus. Die zur Diskussion gestellte Novellierung des Europäischen Normungssystems durch die EU-Kommission bietet kaum neue inhaltliche Vorschläge. Dabei wäre es zeitgemäß, in der europäischen Normung zusätzlich zu der Zielsetzung des Abbaus von Handelshemmnissen und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen auch eine stärkere Integration von Umwelt-, Verbraucherund Gesundheitsschutz-Aspekten zu gewährleisten und Nachhaltigkeitskriterien sowie soziale Folgeabschätzungen zu berücksichtigen. Die deutschen Umweltverbände begrüßen daher, dass im Abschlussbericht des EXPRESS-Panels wichtige zeitgemäße Aspekte für eine nachhaltige Novellierung des Europäischen Normungssystems benannt worden sind. Wir appellieren an die EU-Kommission, die Umsetzung der Ziele 7 und 10 stringent zu verfolgen, weil die Novellierung ansonsten ökologisch unvertretbar, ineffizient und hinsichtlich des Partizipationsgedankens unzureichend bleiben würde. Da die EU-Kommission der europäischen Normung durch "New Approach" eine immer stärkere Rolle als Stütze des EU-Rechts zuschreibt, wäre das politisch nicht zu vertreten.

### A. Keine neuen technischen Handelshemmnisse bei Produkten und Dienstleistungen im Binnenmarkt

1. Sollten Ihrer Meinung nach Dienstleistungsnormen (einschließlich Verfahrensnormen) und alternative Normungsdokumente in den Anwendungsbereich der Richtlinie 98/34/EG oder ihren Nachfolgerechtsakt aufgenommen werden?

Die deutschen Umweltverbände befürworten die Aufnahme der Dienstleistungs- einschließlich Verfahrensnormen in den Anwendungsbereich der Richtlinie 98/34/EG oder deren Nachfolgerechtsakt.

Da "Alternative Normungsdokumente" nicht konsensbasiert sein müssen, sollten sie nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufgenommen werden. Da aber "Alternative Normungsdokumente" als Dienstleistungs- und Verfahrensnormen eine größere gesellschaftliche Bedeutung erlangen können als reine technische Normen, sollten sie von europäischen und nationalen Normungsorganisationen aufmerksam beobachtet werden. Sie können Anregungen zu innovativen Maßnahmen geben und verbesserte qualitative Standartsetzungen beinhalten, die Anregungen zur Umsetzung im geregelten europäischen und nationalem Normungssystem geben können.

### 2. Sind Ihnen konkrete Fälle bekannt, in denen nationale Dienstleistungsnormen und alternative Normungsdokumente technische Handelshemmnisse verursacht haben?

Sofern nationale oder alternative Dienstleistungsnormen verbesserte Leistungsanforderungen beinhalten, stellen sie ein gesellschaftlich nützliches Wettbewerbsmerkmal dar, das Handelshemmnisse rechtfertigt.

Das KNU ist ein gemeinsames Projekt der Umweltverbände BUND, DNR und BBU. Es wird finanziell vom BMU und dem UBA gefördert.

### B. Anpassung des europäischen Normungssystems an die rasche technologische Entwicklung

3. Sollte es möglich sein, nicht nur im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, sondern auch in anderen Bereichen auf Dokumente Bezug zu nehmen, die von Foren und Vereinigungen in Bezug auf Rechtsvorschriften und öffentlichen Maßnahmen entwickelt wurden? Wenn ja, auf welche Weise sollte das geschehen?

Zur Umsetzung von Rechtsvorschriften und öffentlichen Maßnahmen sollten sich EU-Kommission und nationale Regierungen in erster Linie des europäischen und nationalen Normungssystems bedienen, sofern sie die betreffenden Vorgaben nicht in diesen selbst darlegen können. Auch wenn es dort an der befriedigenden Praktizierung der WTO-Prinzipien der Offenheit, Transparenz und ausgewogenen Beteiligung oft noch mangelt, stellt es zumindest ein geregeltes System dar, das eine Beteiligung der an der Normung interessierten Kreise ermöglicht. Bei Foren und Vereinigungen ist dies unklar und manchmal nicht transparent genug.

Deren Dokumente können aber unter Umständen wertvolle Anregungen durch Spezifikationen und Best-Practice-Beispiele geben und als Grundlage für die europäische Normung dienen.

4. Was könnte man tun, damit die europäischen und die nationalen Normungsorganisationen den Prozess der Normenentwicklung beschleunigen? Sollte die Gemeinschaft die Finanzierung der Normung an Bedingungen knüpfen, etwa den raschen Abschluss der Arbeiten, bei gleichzeitiger Beibehaltung des offenen Prozesses?

Rein privatwirtschaftlich angeregte Normungsprojekte müssen von den Beteiligten im zeitlichen und finanziellen Umfang allein verantwortet werden. Dagegen sollte die EU bei mandatierten Normungsprojekten neben inhaltlichen auch zeitliche Vorgaben machen und den finanziellen Rahmen setzen. Das darf aber nicht zu Lasten einer präzisen Mandatsformulierung erfolgen. Auch sollte der Konsensbildungsprozess nicht unter zeitlichen und finanziellen Druck gesetzt werden.

Die Erteilung künftiger Mandate könnte beschleunigt werden, indem die EU über bereits erfolgte Mandatierungen eine Mandatskontrolle ausübt und auf ökonomische, ökologische sowie soziale Wirkungen evaluiert. Denn mit diesen Ergebnissen könnte sie ihre Vorgaben für künftige Mandate konkretisieren.

- C. Anpassung des europäischen Normungssystems an neue Märkte und gesellschaftliche Veränderungen
- 5. Sollten die WTO-Grundsätze Transparenz, Offenheit, Unparteilichkeit, Konsens, Effektivität, Relevanz und Kohärenz in den Rechtsrahmen für die europäische Normung aufgenommen werden (insbesondere in die EU-Richtlinie 98/34/EG oder in ihren Nachfolgerechtsakt)? Wie könnte dieser Vorschlag eingesetzt werden?

In den Satzungen einiger nationaler Normungsorganisationen werden die WTO-Grundsätze angesprochen. Die EU sollte aber diese Grundsätze generell vorgeben und die nationalen Normungsorganisationen auf deren Einhaltung hin überprüfen.

Das KNU ist ein gemeinsames Projekt der Umweltverbände BUND, DNR und BBU. Es wird finanziell vom BMU und dem UBA gefördert.

6. Wie kann man die Beteiligung von Verbraucher- und Umweltorganisationen, von Gewerkschaften, Sozialpartnern und KMU am besten fördern? Was sollten Behörden (die Europäische Kommission und die Behörden der Mitgliedstaaten) tun, um die Beteiligung an einem transparenten, offenen, unparteilichen, konsensbasierten, effektiven, relevanten und kohärenten europäischen Normungssystem zu unterstützen?

Die verstärkte Anwendung des New Approachs bei mandatierten Normungsprojekten erfordert eine breitere Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen außerhalb des durch Unternehmensinteressen geprägten Wirtschaftsbereiches. Sonst ist eine notwendige Akzeptanz der Normung in der Gesellschaft nicht zu erreichen. Dies gilt auch für nationale Normungsinstitute. So besteht z. B. in Deutschland, nach der Erfahrung der Umweltverbände, die von der Leitung des DIN e. V. behauptete Gleichberechtigung von NGOs, Gewerkschaften und KMUs gegenüber der Industrie oft nur formal. In der Praxis sind diese interessierten Kreise in den Normungsgremien unterrepräsentiert und verfügen in der Mitarbeit weder personell noch finanziell über gleichwertige Mittel.

Hier bedarf es dringend einer besseren Förderung durch die EU, die nationalen Regierungen und die nationalen Normungsinstitute. Deshalb sollten staatliche finanzielle Zuwendungen nicht nur generell an Normungsinstitutionen erfolgen sondern auch konkrete Förderungen der genannten Gruppen beinhalten.

- 7. Wie könnten die nationalen Normungsorganisationen ihre Zusammenarbeit vertiefen und ihre Aktivitäten poolen? Könnten sich mehrere nationale Normungsorganisationen die folgenden Aufgaben teilen?
- 1. Führung des Sekretariats technischer Ausschüsse?
- 2. Notifizierung neuer nationaler Normungsvorhaben?
- 3. Werbung für und Verkauf von Normen?
- 4. Sonstige?

Die europäische Zusammenarbeit in der Normung außerhalb der bestehenden europäischen Normungsorganisationen sollte sich mehr in einer intensiven Kommunikation als in organisatorischen Zusammenschlüssen erweisen. Eine Zentralisierung der Normung und eine Schmälerung der Mitgestaltungsmöglichkeiten nationaler Normungsorganisationen würden besonders die international nicht so stark vernetzten und finanzschwachen Interessensgruppen treffen.

8. Wie könnten die europäischen Normungsorganisationen in Einzelfällen verschiedene Normungstätigkeiten, insbesondere die Führung einiger Technischer Ausschüsse, direkt übernehmen, ohne das Prinzip der nationalen Delegationen zu verletzen?

Sofern das nationale Delegationsprinzip tatsächlich eine ausbalancierte Partizipation aller Stakeholder sicherstellt, sollten die bisherigen Führungsstrukturen beibehalten werden. Die angestrebte ausbalancierte Partizipation sollte allerdings auf ihre tatsächliche Verwirklichung hin überprüft werden, wie es die CAG-NGO-Task-Force im ISO/TC 207angeregt hat.

9. Welche Art von Unterstützung sollte die Europäische Kommission leisten, um die Verwendung europäischer Normen als Mittel zur Erschließung globaler Märkte zu erleichtern? Welche Mittel sollte die Kommission konkret dazu einsetzen (Förderung der Beteiligung von Sachverständigen an internationalen Normungsaktivitäten, Übersetzung europäischer Normen in Nicht-EU-Sprachen)?

Die EU-Kommission sollte darauf achten, dass in den nationalen Delegationen auch diejenigen interessierten Kreise, die kein direktes ökonomisches Interesse an der Normung haben, angemessen vertreten sind. Wenn dies von den nationalen Normungsinstituten nicht gewährleistet werden kann, sollte die EU-Kommission dies durch gezielte Förderung ermöglichen.

Das KNU ist ein gemeinsames Projekt der Umweltverbände BUND, DNR und BBU. Es wird finanziell vom BMU und dem UBA gefördert.

10. Unter welchen Bedingungen könnte die Europäische Kommission Ihrer Meinung nach in Einzelfällen Ausschreibungen veröffentlichen, die die Entwicklung von Normen zur Unterstützung von politischen Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU zum Gegenstand haben und den Normungsorganisationen und anderen Organisationen offen stehen.

Bei der Entwicklung von politischen Maßnahmen und Rechtsvorschriften sollte die externe Beratung von Exekutive und Legislative getrennt werden von Aufträgen an Normungsspezialisten. Vorzugsweise sollten detaillierte und klar formulierte Mandatierungen die Anforderungen der Rechtsvorschriften an die Normung festlegen.

### 11. Auf welcher Ebene ist eine Beteiligung am Normungsprozess Ihrer Ansicht nach am effizientesten: auf nationaler, auf europäischer, oder auf internationaler Ebene?

Internationale oder europäische Normen stellen eine sehr günstige Grundlage für die breite Anwendung von Normen dar. Die nationale Ebene sollte weiterhin die Basis der Spiegelung internationaler und europäischer Normen bleiben, weil so die Berücksichtigung länderspezifischer Bedingungen und muttersprachlicher Beteiligung der interessierten Kreise gewährleistet werden kann. Eine stärkere Verlagerung des Entscheidungsgewichts auf die europäische oder internationale Ebene würde die Akzeptanz der Normung in den einzelnen Ländern gefährden.

## 12. Wo liegt der bezeichnende Mehrwert der europäischen Normung im Vergleich zur nationalen Normung?

Es wird kein Gegensatz zwischen europäischer und nationaler Normung gesehen. Die nationale Normung kann länderspezifische Qualitätsanforderungen und Praxiserfahrungen zunächst national zur Wirkung bringen und bei Relevanz in die europäische Normung einbringen. Diese Möglichkeit ist besonders wichtig, wenn der Normungszweck von nationaler Bedeutung ist aber kein internationales oder europäisches Interesse geweckt werden konnte.

Die Bedeutung der europäischen Normung liegt in der breiten und harmonisierten länderübergreifenden Anwendung.

#### D. Kosten der Normen

13. Was hindert Ihrer Meinung nach Unternehmen am meisten daran, Normen zu verwenden? Die Ausgaben für die Normen (Kaufpreis)? Die Kosten für die Umsetzung in die Praxis? Der fehlende Zugang zu Informationen? Das fehlende Wissen über bestehende Normen?

Der Kostenaspekt führt besonders bei KMUs zu Zugangsschwierigkeiten. Entscheidend sind dabei die Kosten für die Umsetzung in die Praxis. Der fehlende Zugang zu Informationen führt darüber hinaus zu Entscheidungsunsicherheiten.

Normen, deren Einhaltung zur Erfüllung politischer Vorgaben oder Rechtsvorschriften bestimmt sind, sollten kostenfrei öffentlich zugängig sein.

### 14. Was könnten die Normungsorganisationen zusätzlich tun, damit Normen insbesondere für KMU besser zugänglich werden?

Die Industriedominanz in den Normungsgremien sollte abgebaut und die bisher mangelhafte Repräsentanz von KMUs behoben werden. Für KMUs sollten die finanziellen Beiträge für die Arbeit in den Normungsgremien reduziert werden. Die Beteiligung am Normungsprozess sollte für alle interessierten Kreise kostenfrei gestellt werden, die keinen direkten ökonomischen Nutzen durch die Anwendung von Normen haben.